wortet habe. Grey antwortete: Ich kann über gegenwärtige oder künftige Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien keine Erklärung abgeben, welchen Teil auch Großbritannien an diesen Verhandlungen hat. Die britische Regierung wird stets gebührende Rücksicht auf das Abkommen von 1904 nehmen, an dem alle drei Länder beteiligt sind.

Graf Aehrenthal über die Weltlage.

Wien. (Priv.-Tel.) Ueber den gestrigen Ministerrat wird gemeldet: Graf Aehrenthal hat Mitteilung über die augenblickliche Lage gemacht und versichert, daß die gegenwärtige zu einer Besorgnis über eine Gefahr der Friedensstörung in Europa keinen Anlaß gebe.

Deutsch-russische Handelsbeziehungen.

Berlin. (Pr.-Tel.) Der Handelssachverständige beim deutschen Generalkonsulat in Petersburg Wossidlo wird in den Monaten Januar und Februar auf einer Rundreise durch Deutschland alle größeren Handelskammern, bei denen mit Rücksicht auf den Außenhandel und die Industrie ihres Bezirks ein besonderes Interesse am Geschäft mit Rußland vorauszusetzen ist, beziehen, um durch ihre Vermittlung mit den beteiligten Kreisen nach Möglichkeit persönliche Fühlung zu nehmen. Die Handelskammern, die den Besuch ihres Bezirks für geboten erachten werden aufgefordert, ihre Wünsche im Auswärtigen Amt spätestens bis 31. Dezember mitzuteilen. Spätere Anträge können auf Berücksichtigung nicht mehr rechnen. In Berlin wird der Handelssachverständige an mehreren Tagen im Auswärtigen Amt den Interessenten zur Erteilung von Auskünften zur Verfügung stehen. Näheres wird noch mitgeteilt.

Die Deszendentensteuer im neuen Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Nachricht, daß dem neuen Reichstag bald nach seinem Wiederzusammentritt eine neue Vorlage über Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die Deszendenten vorgelegt werden soll, wird der „Mk.-Ztg." bestätigt. Die Vorlage soll dem neuen Reichstage mit Erleichterungen und Ausnahmebestimmungen auf den jetzigen Besitz vorgelegt werden, die einesteils in der ersten Vorlage vorgesehen, anderenteils in der Kommission beantragt worden waren. Jene rechne damit, daß die neue Vorlage von dem künftigen Reichstag, der voraussichtlich eine wesentliche Verschiebung der parteipolitischen Zusammensetzung aufweisen werde, auch mit geringerer Majorität verabschiedet werden werde, da nach Andeutungen vom konservativen Parteiführer auch von dieser Seite ein prinzipieller Widerstand nicht mehr zu erwarten sei. Ferner erwage man, dem Reichstag die Aufhebung der Zündholzchensteuer und der Fahrkartensteuer vorzuschlagen und die Ausfälle aus dieser Steuer großenteils durch die Deszendentensteuer zu decken. Endlich sollen die Mehrerträgnisse der Deszendentensteuer zum rascheren Ausbau unserer Flotte verwendet werden. In erster Linie sei eine vermehrte Stellegung großer Panzerkreuzer für die Indienststellung eines dritten Reservegeschwaders ins Auge gefaßt.

Eine Staatslotterie in Baden.

Karlsruhe. Die Zweite Kammer nahm heute den Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Staatslotterie in Baden und damit den entsprechenden Staatsvertrag mit Preußen, Württemberg und Bayern mit 48 gegen 22 Stimmen der Sozialdemokraten und Konservativen an. Der Gesetzentwurf betreffend Erhebung eines 25prozentigen Zuschlages zur Reichserbschaftssteuer wurde einstimmig angenommen.

Fürst Bülow und Ludwig Piesch.

Berlin. (Priv.-Tel.) Fürst von Bülow richtete aus Anlaß des Todes von Ludwig Piesch an dessen Sohn ein Beileidstelegramm, worin es heißt: Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, wie schmerzlich mich der Heimgang Ihres Herrn Vaters bewegt hat. Meine Erinnerung an ihn reicht bis in meine Jugend zurück, und ich meine, daß er, als ich ihn nicht lange vor meinem Rücktritt zum letztenmal sah, gerade so rüstig, so geistvoll und dabei so tüchtig und liebenswürdig erschien, wie in den 60er Jahren. In meinem Arbeitszimmer im Norderney steht ein von Ihrem Herrn Vater gezeichnetes und mir einst geschenktes Bild, das den Fürsten Bismarck am Tage von Sedan darstellt. Das Bild wird mir eine Erinnerung bleiben an unsere große Zeit und an Ihren Herrn Vater, der dem Geiste dieser Zeit immer treugeblieben ist.

Nachklänge zu den Moabiter Krawallen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Witwe Hermann, deren Mann bei den Moabiter Krawallen durch die Säbelhiebe von Schutzleuten seinen Tod fand, hat bekanntlich die Stadt Berlin auf Grund des Tumultgesetzes auf Schadenersatz verklagt. Der Prozeß beschäftigte heute die 38. Zivilkammer des Landgerichts I. In der Verhandlung beantragte der Vertreter der Klägerin die Vernehmung von Zeugen, während der Vertreter der Stadt Berlin den Antrag stellte, das Verfahren so lange auszusetzen, bis der Prozeß gegen Unbekannt erledigt sei. Der Gerichtshof vertagte nach kurzer Beratung seine Entscheidung.

Zum italienisch-türkischen Kriege.

Demission des türkischen Kriegsministers?

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Hier verlautet, daß der Kriegsminister Mahmud Scheftet Pascha demissionieren wolle, da er in einen neuen Konflikt mit dem jungtürkischen Komitee geraten sei. Dieser Konflikt sei dadurch entstanden, daß Mahmud Scheftet es ablehnte, die von dem Komitee verlangte Pensionierung unter tüchtigen Offizieren vorzunehmen.

Innsbruck. (Priv.-Tel.) Die in Welschtirol eingeleiteten Sammlungen zugunsten der Hinterbliebenen der in Tripolis gefallenen italienischen Soldaten haben bereits 50 000 Kronen ergeben. Anfang Januar wird sich eine Abordnung nach Rom begeben, um die Summe dem italienischen Kriegsminister zu überbringen.

Zum Rücktritt des Regenten in China.

London. (Priv.-Tel.) Der „Times" wird aus Peking gemeldet: Ein im Namen der Kaiserin-Witwe veröffentlichter und von Juanschikai und allen Mitgliedern gegengezeichneter Erlaß kündigt an, daß der Regent der Kaiserin-Witwe mündlich erklärt habe, er sehe sich als die Ursache der gegenwärtigen Unruhen an. Er erkenne, daß er das Vertrauen des Volkes verloren habe, und bitte unterthänigst, ihm den Rücktritt von seinem Amt zu gestatten. Die Kaiserin-Witwe habe diesem Gesuche willfahren. — Der Minister des Auswärtigen im revolutionären Kabinett, Wutingfang, teilte dem deutschen Konsul mit, daß die aufständische Regierung von irgendeinem Boykott deutscher Waren nichts wisse. Er verhehle jedoch dem Konsul nicht, daß die Gefahr eines Boykotts drohe, wenn Deutschland fortfahre, den Mandschus Kriegsbedarf zu liefern.

Ein neues Gefecht

Charbin. Bei einem neuen Zusammenstoß nahe Liaojang schlugen die Regierungstruppen in einer Stärke von 300 Mann mit einem Geschütz die Truppen der Revolutionäre, die sich nach Lueierpu zurückzogen. Zur Unterstützung der Garnisonen treffen aus Mukden 400 Infanteristen mit sechs Geschützen in Liaojang ein. Wie verlautet, sind in Lueierpu 1000 Revolutionäre konzentriert.

London. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen aus Schanghai sind die Dezemberzinsen der 4½ %igen englisch-deutschen Anleihe von 1898 pünktlich bezahlt worden, da die Revolutionspartei an Stelle der zu ihrer Sicherstellung dienenden Binnenzolleinnahme ihre eigenen Gelder dafür zur Verfügung stellte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Lutherhalle in Wittenberg erhielt abermals von auswärtigen Gönnern bedeutende Zuwendungen. Die Direktoren der Lutherhalle, Bürgermeister Dr. Schirmer und Direktor Lic. Dunkmann, begaben sich infolgedessen nach Leipzig, um weitere Luther-Erinnerungen zu erwerben.

Altenburg. (Priv.-Tel.) Das Fürstenpaar von Waldeck-Pyrmont ist hier zu mehrtägigem Besuch des Herzoglichen Hofes eingetroffen.

Gera. (Priv.-Tel.) Das Schwurgericht verurteilte heute den Maurer Louis Buhmann aus Möschlitz, der den 18jährigen Arbeiter Zschäckner erschlug und beraubt hatte, zum Tode.

Wien. (Priv.-Tel.) Die „Reichspost", die dem österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand nahesteht, versichert auf das bestimmteste, daß ihre Meldung über den beabsichtigten Austritt aus dem Heere trotz aller Dementis auf Wahrheit beruhe und daß tatsächlich diesbezügliche Verhandlungen stattgefunden hätten.

Paris. Der Deputierte Gérault-Richard, Direktor des „Parlier Journal", ist gestorben.

Madrid. Heute früh begann vor dem Kriegsgericht in Sueca bei Valencia ein Prozeß gegen 22 Personen, die angeklagt sind, am 28. Juli während der revolutionären Unruhen, die dem Generalstreik folgten, einen Untersuchungsrichter, zwei Gerichtsschreiber und einen Gerichtsdiener in Sueca ermordet zu haben.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Abends. Schluß.) Credit 202¾. Disconto 191. Dresdner Bank 157¾. Staatsbahn 155¾. Lombarden 19⅝. Fester.

Paris. (3 Uhr nachmittags.) 3 % Rente 85,87½. Spanier 95,55. 4 % Türken unifiz. 90,90. Türkenlose 200,75. Ottomanbank 681. Behauptet.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per Dezember 25,15, per März-Juni 25,90, ruhig. — Rüböl per Dezember 70,50, per Mai-August 66, fiestig. — Spiritus per Dezember 73, per Mai-August 73,75, ruhig.

Der Gemeindesteuer-Gesetzentwurf

ist dem Landtage zugegangen. An den Entwurf selbst schließt sich eine ausführliche Begründung, in der die bisherige tatsächliche Entwicklung des sächsischen Gemeindesteuerwesens dargelegt und die Mängel dieser Entwicklung im einzelnen geschildert werden. Hieraus ist insbesondere folgendes herauszuheben:

Offenkundige und wesentliche Mängel bestehen in vielen Gemeinden auf dem Gebiete der Einkommensteuer, und zwar hinsichtlich der Einkommensteuertarife. Gewiß gibt es keinen Tarif, der im Gegensatz zu allen anderen als schlechthin gerecht zu bezeichnen wäre; gewiß ist auch die Wirkung eines jeden Tarifs in hohem Maße davon abhängig, ob seine einfachen Sätze, oder ein Bruchteil oder ein Vielfaches davon erhoben wird. Aber es haben sich doch im Laufe der Jahre in der Theorie wie im Bewußtsein der Allgemeinheit gewisse Anforderungen festgesetzt, denen ein Einkommensteuertarif entsprechen muß, wenn anders er als gerecht empfunden werden soll. Hierzu gehört vor allen Dingen die Berücksichtigung der geringeren Leistungsfähigkeit der kleinen, der höheren Leistungsfähigkeit der größeren Einkommen, mit anderen Worten das Vorhandensein einer folgerichtigen und genügend langen Progression in den Steuersätzen. Vorbildlich ist in dieser Beziehung in Sachsen wie anderwärts der Staatseinkommensteuertarif geworden, der in Sachsen seine Sätze von ½ Prozent bei 400 Mark Einkommen bis auf 5 Prozent bei 100 000 Mark Einkommen ansteigen läßt. Es ist ganz natürlich, daß der Steuerzahler das Opfer, das er und das andere mit größerem oder geringerem Einkommen für die Gemeinde bringen müssen, an dem mißt, was er und was andere für den Staat zu zahlen haben. Nun fehlt es bei vielen Gemeinden auch heute noch an einem gerechten Opferausgleich, d. h. an einem richtigen Verhältnis der Leistungen der Träger kleinerer und größerer Einkommen. Zunächst gibt es immer noch Gemeinden, die einen proportionalen Tarif besitzen, also den gleichen Satz, beispielsweise 2 Prozent von einem Einkommen von 500 Mark wie von einem Einkommen von 10 000 Mark erheben. Daß ein solcher Tarif mit den heutigen Begriffen von Steuergerechtigkeit in Widerspruch steht, bedarf keiner Ausführung. Anderseits gibt es einzelne Gemeinden, die, wie schon die Denkschrift von 1904 darlegt, die Progression in das Ungemessene steigern, beispielsweise bis zu 80 Prozent des Einkommens. Praktisch hat dieses ja nicht viel zu bedeuten; denn eine solche Gemeinde wird von den Trägern größerer Einkommen dauernd gemieden werden, so daß ein solcher Tarif nur sehr beschränkt in Anwendung kommt. Dagegen gibt es viele Gemeinden, in denen der Tarif die folgerichtige Steigerung vermissen läßt; er steigt allmählich an bis zu den mittleren Einkommen, flaut aber dann ab, bleibt auf demselben Prozentsatz stehen oder geht gar zurück, um erst bei den großen Einkommen die normale Aufwärtsbewegung wieder zu gewinnen. Aber alle diese Fehler treten an Bedeutung zurück gegen den weit verbreiteten Hauptfehler: die unverhältnismäßige Belastung der kleinen Einkommen im Verhältnisse zu den großen. Eine derartige Entwicklung widerspricht dem Begriffe der Steuergerechtigkeit ebensosehr wie dem Staatsinteresse.

Es folgt sodann eine historische Uebersicht über die bisherigen Reformbestrebungen auf diesem Gebiete, die in dem bekannten Antrage Mehnert-Georgi im Landtage 1901/02 ihre erste greifbare Gestalt annahmen. Die leitenden Gedanken des Entwurfs sind: 1. Der Schutz der Einkommensteuer vor Ueberspannung. 2. Die gerechtere Ausgestaltung der Einkommensteuer. 3. Der Schutz vor Doppelbesteuerung. 4. Vereinheitlichung des formalen Steuerrechts. 5. Die Besteuerung des Staatsfiskus. Diese Ziele lassen sich ohne eine gewisse Einschränkung der steuerlichen Autonomie der Gemeinden nicht erreichen. Ist sonach die Einengung des Selbstverwaltungsrechts unvermeidlich, so soll sie doch auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden. In allen Richtungen, in denen weder das Interesse des Staates noch dasjenige des Steuerpflichtigen die Setzung einer Grenze fordert, soll den Gemeinden ihre alte Bewegungsfreiheit erhalten bleiben — in voller Würdigung der Tatsache, daß jene Bewegungsfreiheit an dem Aufblühen der Gemeinden einen wesentlichen Anteil gehabt hat. In Betätigung dieses Grundsatzes sind zwingende Vorschriften nur für die Erhebung der Grundsteuer und Besitzwechselabgabe aufgestellt. Im übrigen wird der fakultative Weg vorgezogen, indem er 25 Prozent des Steuerbedarfs von der Deckung durch Einkommensteuer ausschließt, die Art der Deckung dieses Viertels aber in das freie Ermessen der Gemeinde stellt. Mit dieser Regelung ist der Gemeindeautonomie weit mehr Rechnung getragen als in dem früheren Entwurfe vom Jahre 1904.

Als Steuern, die zur Entlastung der Einkommensteuer mehr als bisher herangezogen werden können, sind angesichts der besonderen Verhältnisse der sächsischen Gemeinden im wesentlichen nur anzusehen: die Grundsteuer, die Hundesteuer, die Biersteuer, die Lustbarkeitssteuern, die Besitzwechselabgabe, die Zuwachssteuer, die Kohlensteuer und einige kleinere gewerbliche Sondersteuern.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Mathilde hat dem Geldschrankfabrikanten und Schlossermeister Arthur Richter, Pillnitzer Straße 12, das Prädikat „Hoflieferant" verliehen.

— Bis zum Jahresschlusse sind von Ihrer Exzellenz Frau Gräfin Vitzthum v. Eckstädt weitere Empfangstage, als die bereits veröffentlichten (12. und 19. Dezember), nicht in Aussicht genommen.

— Das Komturkreuz 2. Klasse des Albrechts-Ordens erhielt Oberst Popbal, Direktor der Militäreisenbahn, das Offizierskreuz desselben Ordens Oberstleutnant Sommerfeldt, Kommandeur des Eisenbahn-Regiments Nr. 2, das Ritterkreuz 1. Klasse mit der Krone desselben Ordens Major Meyer, Kommandeur des Kraftfahrbataillons, das Ritterkreuz 1. Klasse desselben Ordens Major Siepe, Kommandeur der Betriebsabteilung der Eisenbahnbrigade.

— Der Betriebsinspektor Karl Schneider zu Blasewitz erhielt den preußischen Kronen-Orden 4. Klasse.

— Dem Unteroffiziervorschüler Scheinpflug in Marienberg ist für Errettung eines Mädchens vom Tode des Ertrinkens in der Elbe die bronzene Lebensrettungsmedaille verliehen worden.

— **Freiwillige Gerichtsbarkeit.** Der Ersten Kammer ist der Deputationsbericht über den Gesetzentwurf betr. Aenderungen von Landesgesetzen über die freiwillige Gerichtsbarkeit zugegangen.

— **Durch königliches Dekret** ist den Ständen ein Gesetzentwurf zugegangen betr. Errichtung eines Amtsgerichts in Schöneck.

— **Aus dem Landtage.** Die Fortsetzung der gestrigen Debatte in der Zweiten Kammer brachte noch einige recht lebhafte Auseinandersetzungen zwischen der rechten und linken Seite des Hauses. Zunächst kennzeichnete Abgeordneter Dr. Böhme den Standpunkt der Konservativen zu dem strittigen Gegenstand, und erklärte sich mit den Ausführungen des Kultusministers durchaus einverstanden. Weiter aber wandte er sich gegen diejenige Gruppe der Lehrerschaft, die in dem Kampfe gegen das Kultusministerium die Führung an sich gerissen hat. Etwas heftig ging Herr Abgeordneter Hettner gegen die ministeriellen Maßnahmen ins Zeug, so daß ihm der Kultusminister ebenfalls in einer gewissen Erregung antwortete. Es folgte eine lange, persönlich zugespitzte Aussprache, an welcher sich die Abgeordneten Schönfeld, Günther, Hofmann, Dr. Seufert, Hettner, Dr. Zöphel, sowie nochmals der Herr Minister beteiligten. Dann fand endlich um 6 Uhr ein Schlußantrag Annahme und beendete die zuletzt wenig erquickliche Sitzung.

— **Fremde in Dresden.** Westminster Hotel: Baron von Eckhardt, Wien; Baron v. Rogan, Wien; Baron v. Nolcken, Petersburg; Freiherr v. Magnus, Schloß Kuhna; Freiin v. Magnus, Schloß Kuhna; Fräulein Hermine Krupp, Wien; Fräulein v. Köller, Wien; August Thyssen, Berlin; Kammerherr v. Hennitz, Weicha; Reichsratsabgeordneter Copony, Wien; Graf Hohenthal, Hohenprießnitz.

— **Mitternachtsgottesdienst,** eine neue kirchliche Institution, die Folgeerscheinung modernen Erwerbslebens. Es gibt eine bedeutende Anzahl erwerbstätiger Menschen in einer Großstadt, denen der Beruf kaum oder nur ganz selten Zeit läßt, den Gottesdienst an Sonn- und Festtagen zu besuchen. Mit dieser Tatsache muß gerechnet werden; ja, vielleicht vermehrt die Entwicklung des Verkehrs die Zahl dieser an Sonntagen Beschäftigten in immer stärkerem Maße. Zum großen Teil sind es natürlich die Gastwirtsangestellten, deren Hauptarbeitstag ja eben der Sonntag ist. Sie waren es, die den Gedanken anregten, einen Ersatz für die ihnen entgehende Möglichkeit eines Sonntagskirchganges zu schaffen. Ihren Wünschen kam das Pfarramt der in Zentrum, also am günstigsten zu diesem Zwecke, gelegenen Kreuzkirche entgegen. Konsistorialrat Superintendent Kölzsch erklärte sich bereit, einen Mitternachtsgottesdienst abzuhalten, und setzte den ersten auf gestern früh ½1 Uhr an. Während sich die Dresdner in den Lokalen der Stadt zum Heimgang anschickten, flammte mit dem Schlage 12 Uhr das Innere der Kreuzkirche in hellem Lichte auf. Ein seltsamer Anblick um diese Zeit, erinnernd etwa an die Christmette in der katholischen Hofkirche. Schon nach der ersten Viertelstunde mußte der, der bisher noch an einer die außerordentliche Handlung berechtigenden Beteiligung der Gastwirtsangestellten gezweifelt hatte, seine Bedenken fahren lassen. Denn in ganzen Scharen strömten die Besucher herbei, so daß um ½1 Uhr, als die Orgel — wegen der nächtlichen Stunde ohne vorhergehendes Glockengeläute — zum Choral einsetzte, das weite Gotteshaus dicht von einer erwartungsvollen Gemeinde gefüllt war. Weit über 1500, Männer und Frauen, Jünglinge und junge Mädchen, hatten die Plätze im Schiff, in den Seitenschiffen und auf dem Altarplatz eingenommen. Die gottesdienstliche Handlung verlief ganz so wie im sonntäglichen Hauptgottesdienst; nur den Chor mußte man füglich um diese Zeit entbehren. Superintendent Kölzsch hatte zu seinem Textwort 1. Johannis, Kap. 3, Vers 1 gewählt: „Sehet, welch eine Liebe hat der Vater uns erzeiget, daß wir Gottes Kinder sollen heißen." In schlichter, eindrucksvoller Rede schilderte er die besondere Veranlassung zu diesem Gottesdienst, fesselte die andächtige Gemeinde mit dem Hinweis auf die Eigenart ihrer Lebensverhältnisse, und knüpfte daran den Wunsch, daß diese Nacht des Gottesdienstes den Hörern zu einer heiligen Nacht, zu einer Weihnacht werden möchte. Von den Grundfesten des Christentums sprach der geistliche Redner und von der Gotteskindschaft jedes Menschen durch des Allmächtigen Liebe. Es war eine Freude, zu sehen, mit welcher Aufmerksamkeit die Gemeinde ohne Ausnahme trotz der späten Stunde der halbstündigen Predigt lauschte. Zum Abendmahl fanden sich danach auf dem Altarplatz noch über 100 Besucher zusammen. Unter den Gästen am Tische des Herrn bemerkte man außer den Angestellten, Kellnern, Köchen, Stubenmädchen usw. auch mehrere Chefs größerer Gastwirtschaften mit ihren Frauen. Auch viele Frauen von Angestellten waren ihren Männern gefolgt. Kurz vor 3 Uhr ging die feierliche Handlung, über der eine tiefe Weihe lag, zu Ende. Pastor Dr. Heber hatte am Altar Hostien und Wein mit ausgespendet. In den Kollektenbüchsen fanden sich insgesamt 56 Mk., ein Zeichen wohl auch des Dankes für die, die Schlaf und Ruhe dieser Nacht geopfert hatten für die Gemeinde. In größeren Zwischenräumen soll dieser Mitternachtsgottesdienst Wiederholungen finden, gewiß zum Segen aller Teilnehmer.

— **Der Fohlenaufzuchtverein für das Königreich Sachsen** hielt kürzlich in Moritzburg bei zahlreicher Beteiligung seine 29. Generalversammlung ab. An Stelle des erkrankten Herrn Landstallmeisters a. D. Graf Ernst zu Münster-Linz leitete Herr Oekonomierat Lessing-Zella die Beratungen mit begrüßenden Worten ein, worauf die Vorlegung des Berichtes über das Geschäftsjahr 1910/11 erfolgte. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich in der Berichtszeit erheblich, so daß am 30. Juni 1911 das Vereinskataster 1335 Mitglieder mit 2000 Voll- und 105 Achtelgeschäftsanteilen im Gesamtbetrage von 40 442 Mark nachwies. Was die Besetzung der Fohlenaufzuchtstationen in Cunnertswalde und in Heuscheune be-